

Gene. Kalk am 26. 1. 1999

Kreis

RHEIN MAIN PRESSE

72 - 28. 1. 1999

„Das Tafelsilber wird verscherbelt“

Klare Mehrheit für Haushalt '99 nach einer heftigen Debatte im Nackenheimer Gemeinderat

NACKENHEIM - Heftige Debatten begleiteten die zweite Lesung zum Haushaltsplan 1999 in jüngster Ratssitzung. Doch schließlich verabschiedeten CDU und FWG mit zwölf Ja- gegen drei Neinstimmen der Sozialdemokraten und einer Stimmenthaltung der BLN den Etatentwurf.

Von
Werner Baum

Der Verwaltungshaushalt sieht Ausgaben in Höhe von rund 7,68 Millionen Mark vor. Da dem nur Einnahmen von rund 6,86 Millionen Mark gegenüberstehen, wird ein Fehlbedarf von über 810 000 Mark erwartet. Der Vermögensetat schlägt mit 3,2 Millionen Mark zu Buche.

Bürgermeister Bardo Kraus führte aus, die Ursache des Defizits liege in dem Soll-Fehlbetrag von 1997 in Höhe von fast 820 000 Mark. Die hohen Steuereinnahmen von 1996 hätten die Berechnung der Kreis- und VG-Umlagen in die Höhe getrieben. Ein Jahr später seien die Steuereinnahmen dann um rund 450 000 Mark geringer gewesen. Die Negativentwicklung habe jedoch ganz andere Ursprünge als die Rückzahlung der Umlagen für die Tiefendrainage im Baugebiet „Rudelheck“ in Höhe von 2,7 Millionen Mark. Dazu hätten sich Kosten in Höhe von einer Million Mark für die Eichelsbachverrohrung gesellt, weil das Land die Zuschußrichtlinien änderte.

„Schulden verdoppelt“

Doch dies wollte SPD-Fraktionssprecher Michael Mogk so nicht gelten lassen. Er kritisierte den zweiten unausgeglichene Haushalt hintereinander. Bedenklich sei die Entwicklung gemeindeeigener Schulden, die von 1995 bis jetzt von drei auf rund sechs Millionen Mark angestiegen seien.

Die Haushalte der beiden vergangenen Jahre seien nur als „frisiert“ zu bezeichnen, „Tafelsilber“ werde verscherbelt, um die Finanzen nicht ganz auf den Tiefpunkt purzeln zu lassen. Kraus habe seine ganze Kraft in den Ausbau der Ort-

straßen gesteckt und vergessen, daß noch andere Probleme anstünden. Beispielsweise mangle es an einer sinnvollen Investition in die Jugendarbeit. Auch habe die CDU fünf Jahre lang Zeit gehabt, sich um ein Gewerbegebiet zu bemühen.

Die Ausführungen Mogks zur Ausweisung eines Gewerbegebietes nannte Ortschef Kraus eine „Dolchstoßlegende“. Vier Jahre lang habe die damalige SPD/BLN-Koalition eine Ansiedlung von Gewerbe im Unterfeld blockiert. Bereits

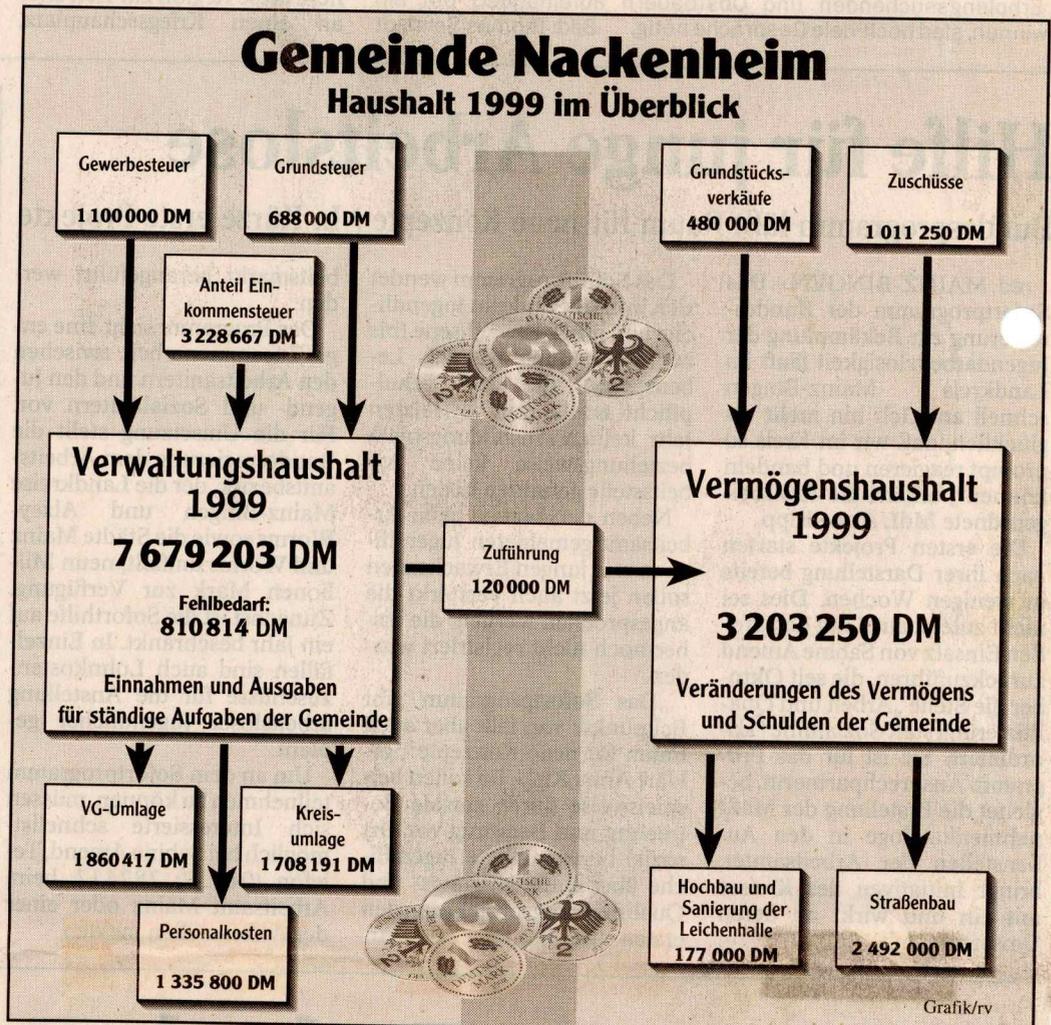
1989 habe die CDU, damals in der Opposition, einen Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes gestellt. Im März und Juli 1992 seien die CDU-Anträge für das Gewerbegebiet erneut abgelehnt worden. Erst im November 1993 hätten die Sozialdemokraten einem Gewerbegebiet zugestimmt – zu spät. Denn über die Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplanes werde erst in einigen Jahren entschieden.

Ausbessern war teuer

Katastrophale Straßenzustände hätten zum Handeln gezwungen, betonte FWG-Sprecher Günter Zerbe. Das ständige Ausbessern habe hohe Summen verschlungen. Die SPD-

Vorwürfe wies Zerbe zurück. Seine Fraktion stimme dem Etat zu.

Das Ziel der BLN, das Unterfeld naturverträglich zu behandeln und kein Gewerbe anzusiedeln, sei bislang erreicht worden, betonte Frieder Stauder. Ob es jedoch nach der Kommunalwahl noch eine BLN geben werde, entscheide sich am 5. März. Er und Kathrin Greisl kandidierten jedenfalls nicht mehr. Stauder betonte, der Rat müsse sich künftig auf den Bau eines Bürgerhauses konzentrieren. Es genüge nicht, daß eine Gemeinde schön aussehe. Sie müsse zudem mit Leben erfüllt werden.



Grafik/trv